

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

S. E. Jean-Claude Juncker

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 18** auf:

Rede

S.E. des Präsidenten der Europäischen Kommission, Herrn Jean-Claude Juncker

Präsidentin Barbara Stamm: Exzellenz, sehr geehrter Herr Präsident Juncker, ich darf Sie im Namen aller Kolleginnen und Kollegen als unseren Ehrengast im Plenarsaal des Bayerischen Landtags sehr herzlich willkommen heißen.

(Allgemeiner Beifall)

Wir freuen uns sehr, dass Sie hier sind. Ich darf Sie sehr herzlich von unserem Bayerischen Ministerpräsidenten, Herrn Dr. Markus Söder, grüßen, der bei der Konferenz der Ministerpräsidenten in Berlin gebunden ist. In dieser Stunde wünschen wir uns, dass die Ministerpräsidenten gute Entscheidungen für unser Land, aber natürlich auch für Europa treffen.

Mein Gruß gilt den Mitgliedern der Bayerischen Staatsregierung sowie unseren Gästen auf der Besucher- und Ehrentribüne. Ich begrüße insbesondere die Vertreterinnen und Vertreter der Religionsgemeinschaften, der Behörden und der Medien, die heute zu uns in den Bayerischen Landtag gekommen sind.

Sehr geehrter Herr Präsident Juncker, es ist das zweite Mal, dass ein Kommissionspräsident den Bayerischen Landtag besucht. Das erste Mal war im Februar 1991 Jacques Delors hier zu Gast. Damals wie heute haben wir es als große Ehre empfunden; denn rein formal betrachtet ist die Europäische Union ein Zusammenschluss der Nationalstaaten. Dass Präsidenten der Europäischen Kommission den Volksvertretungen der Regionen einen Besuch abstatten, ist keineswegs selbstverständlich. Umso mehr zeigt es natürlich – ich erlaube mir, das zu sagen – die Bedeutung Bayerns als einem kulturell, sozial und wirtschaftlich starken Land in der Mitte Europas. Umso mehr freuen wir uns über Ihren Besuch.

Seit dem Besuch von Jacques Delors hat sich Europa verändert. Die Europäische Union ist deutlich größer geworden, die Zahl der Mitgliedstaaten hat sich mehr als verdoppelt. Seit 1991 hat sich auch die Welt verändert – leider entgegen der damals so großen Hoffnungen nicht nur zum Positiven. Ich denke an den entsetzlichen Krieg in Syrien, an die Flüchtlingskrise, die uns nicht nur in Europa so sehr bewegt, oder an die Handelskonflikte, die die Welt ganz aktuell in Unruhe versetzen.

Gute Nachrichten sind in diesen Zeiten deshalb umso wichtiger. Die Meldung, dass die Zustimmung zur Europäischen Union aktuell so hoch ist wie lange nicht, war in den vergangenen Wochen eine gute Nachricht. Mehr als zwei Drittel der Bürger sind der Meinung, dass ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert. In Deutschland glauben dies sogar 75 Prozent.

(Allgemeiner Beifall)

Aber, Herr Präsident, wir dürfen uns auf diesen guten Nachrichten nicht ausruhen; denn wir sind in Europa noch längst nicht da, wo wir hinwollen. Das spüren wir in diesen Tagen ganz deutlich. Das gilt im Hinblick auf die Solidarität, die wir in den letzten Jahren manchmal schmerzlich vermisst haben. Und das gilt ganz besonders auch für die Wertschätzung der Landesparlamente auf europäischer Ebene.

Uns allen ist Europa ein echtes Herzensanliegen. Europa ist das größte Friedenswerk in unserer Geschichte. Europa ist nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern vor allem eine Gemeinschaft der Werte. Darauf dürfen wir gemeinsam stolz sein. Das wollen wir gemeinsam bewahren. Wir wollen deshalb mehr Europa im Großen bei den Fragen, die besser staatenübergreifend zu regeln sind.

Aber ein großes Werk kann nur gelingen, wenn es von vielen kleinen Säulen getragen wird. Diese Säulen müssen wir stützen. Diesen Säulen – den Regionen, den Kommunen – müssen wir auch vertrauen. Deshalb wollen wir weniger Europa im Kleinen und stattdessen ein Europa, das nah dran ist an den Bürgerinnen und Bürgern. "Nah dran" bedeutet, dass für jeden verständlich gemacht wird, was die EU-Kommission plant und

umsetzt. Wir dürfen zwischen Konstrukten und Fachbegriffen nicht die Menschen verlieren!

Sehr geehrter Herr Präsident, Sie selbst haben mit dem Weißbuch zur Zukunft Europas die Diskussion neu angestoßen, wie Europa künftig aufgestellt sein soll. Für uns sind dabei Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und Mitgestaltungsmöglichkeiten tragende Prinzipien. In dieser Hinsicht unterstützen wir Sie gerne. Wir müssen drängende Fragen beantworten: Wie können wir den Menschen ihre Befürchtung nehmen, die europäischen Institutionen würden alles an sich ziehen und wären scheinbar übermächtig? Wie können wir den Menschen die Sorge davor nehmen, die Kosten für Europa würden immer weiter steigen? Wie kann das immer wieder beklagte bürokratische Dickicht verringert werden? Und, ganz zentral: Wie können wir den Menschen wieder näherbringen, welchen Mehrwert die Europäische Union für uns alle hat?

Auf diese Fragen brauchen wir rasch überzeugende Antworten. Wir werden sie nur dann finden, wenn wir auf allen Ebenen zusammenarbeiten und wenn jede Ebene das tut, was sie am besten kann. Die Europäische Union sollte sich wieder mehr auf das konzentrieren, was in den Verträgen steht. Nur so können Gestaltungsspielräume und Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten und ihrer Regionen bewahrt werden. Respekt vor der Subsidiarität muss mehr sein als nur ein Begriff. Subsidiarität muss gelebt und immer wieder kritisch überprüft werden.

Sehr geehrter Herr Präsident, niemand kann Sie dabei besser unterstützen als die Landesparlamente, denn es sind unsere Abgeordneten, die Tag für Tag im engen Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern stehen. Sie können die europäische Politik vor Ort vermitteln. Sie können das oft beklagte Demokratiedefizit Europas ausgleichen. Wenn Sie wollen, dass Europa bei den Menschen bleibt, dann sind die Landtagsabgeordneten der Schlüssel – dann brauchen Sie unsere Vermittlung. Unterstützen Sie uns, damit wir diese Vermittlerrolle gut wahrnehmen können!

"Nah dran" bedeutet auch, dass Dokumente frühzeitig in deutscher Übersetzung vorliegen oder dass ausreichend Zeit besteht, sich im parlamentarischen Verfahren mit EU-Vorhaben zu befassen und Stellung zu nehmen.

Sehr geehrter Herr Präsident, wir freuen uns sehr – wie ich das eingangs schon zum Ausdruck brachte – über Ihren Besuch. Er ist einmal mehr ein Zeichen dafür, wie wichtig Ihnen der Dialog mit uns, mit den Landesparlamenten, ist. Ich darf Ihnen versichern, dass der Bayerische Landtag diesen Dialog weiterhin aktiv suchen wird, mitunter natürlich auch kritisch.

Wir werden weiterhin Wert darauf legen, dass wir uns bei Subsidiaritätsbedenken direkt an die EU-Kommission wenden können. Wir werden weiterhin Wert darauf legen, dass Antworten auf unsere Stellungnahmen fundiert erfolgen, nicht generalisierend, wie das leider manchmal auch der Fall ist. Wir werden den Dialogprozess über die Zukunft Europas, den Sie angestoßen haben, aktiv mitgestalten. Unser Europaausschuss – dafür danke ich den Kolleginnen und Kollegen – hat dazu bereits eine Anhörung durchgeführt und verfügt über beste Kontakte.

Wir werden weiterhin alle Möglichkeiten nutzen, die uns die Konsultationen bieten. Dank Ihrer Fürsprache stehen diese mittlerweile regelmäßig auch rechtzeitig in deutscher Sprache zur Verfügung. Es sollte selbstverständlich sein, dass regionale Parlamente bereits im Vorfeld der Konsultationen eingebunden werden, vor allem, wenn es um ihre eigenen Zuständigkeiten geht. Wir werden auch weiterhin den persönlichen Austausch miteinander führen, bei Sitzungen unserer Ausschüsse, unseres Präsidiums und der Landtagspräsidentenkonferenz in Brüssel – und bei uns in Bayern, wo wir jederzeit gerne Vertreterinnen und Vertreter der Europäischen Kommission begrüßen. Das leben wir auch.

Ein ehemaliger Bundesaußenminister hat in einer Rede vor der UN-Generalversammlung einmal gesagt:

Europa wächst nicht aus Verträgen. Es wächst aus den Herzen seiner Bürger oder gar nicht.

Das war 1992. Aber in dieser Hinsicht hat sich seither nichts verändert. Es ist und bleibt unser gemeinsamer Auftrag, immer wieder um diese Herzen zu werben.

Sehr geehrter Herr Präsident Juncker, seien Sie uns herzlich willkommen. Wir freuen uns auf Ihre Ansprache.

(Allgemeiner Beifall)

S. E. Jean-Claude Juncker: Sehr verehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Barbara, Frau stellvertretende Ministerpräsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, meine Damen und Herren Staatsminister! Sie sehen mich Ihnen mit offenem Blick entgegenreten. Der offene Blick kommt daher, dass ich meine Rede im Flugzeug habe liegen lassen. Ergo lese ich nicht vor, sondern dies wird Improvisation total. Fasten seatbelts!

Ich bin froh, heute hier im Landtag zu sein. Seit dem letzten Besuch von Präsident Delors ist eine lange Zeit ins Land gegangen. Vieles hat sich in Europa und in der Welt verändert. Ich bin froh, hier zu sein. Man sagt zwar immer, dass man froh ist, da zu sein, wo man gerade ist. Normalerweise stimmt das nicht, aber heute stimmt das wirklich, denn ich habe mich auf diesen Besuch gefreut, sei es auch nur deshalb, weil sich die Frau Landtagspräsidentin durch besonderen Weitblick und Weitsicht auszeichnet. Applaus!

(Allgemeiner Beifall und Heiterkeit)

Sie hat mich vor drei Jahren eingeladen. So lange braucht die Kommission, um zu kapiern, was los ist. Ich wusste nicht, dass heute die Fußball-Weltmeisterschaft beginnt. Sie hätten das Spiel sicher gerne angesehen, aber nächsten Sonntag ist auch noch ein Spiel. Fangen Sie also mit der Weltmeisterschaft am nächsten Sonntag an, das reicht. Deutschland spielt hoffentlich bis zum Ende der gesamten Veranstaltung.

Ich wusste auch nicht, dass die Weitsicht der Präsidentin so weit reicht, dass sie schon damals wusste, dass heute ein besonderer Tag in Berlin ist. Ich bin froh, dass der Landtag seine Sitzung wieder aufgenommen hat, denn es dauert in Deutschland manchmal lange, bevor Parlamente, die ihre Gespräche unterbrechen, die Sitzung wieder aufnehmen. Insofern ist heute ein bayerischer Landesrekord zu vermelden.

(Heiterkeit)

Ich bin froh, hier zu sein, um einige Gedanken und Plaudereien zur europäischen Zukunft und zur europäischen Gegenwart vorzutragen. Ich habe es anfangs gesagt, auch die Präsidentin hat es gesagt, es hat sich in den letzten 20, 30 Jahren viel verändert in Europa. Einiges hat man bemerkt, zum Beispiel die deutsche Wiedervereinigung. Ich gehöre zu denen in Europa, die der deutschen Sprache mächtig sind und die sich immer noch über die deutsche Wiedervereinigung freuen. Ich wünschte mir, alle, die Deutsch sprechen, könnten diese Freude weitertragen. Das war ein guter Moment für die Republik und ein sehr guter Moment für Europa und den europäischen Kontinent.

Ich habe eben gesagt, ich wäre der deutschen Sprache mächtig, annähernd mächtig – nicht so sehr wie die Bajuwaren, die das Deutsche zur Perfektion emporheben.

(Heiterkeit)

Ich leite die Sitzungen der Kommission in englischer, französischer und in deutscher Sprache. Ich leite sie nicht in luxemburgischer Sprache, denn die wenigsten verstehen Luxemburgisch. Die Luxemburger haben Deutsch, Französisch und Englisch gelernt, weil sich unsere Nachbarn standhaft weigern, Luxemburgisch zu lernen. Insofern haben wir uns darauf verständigt, dass wir die Sprache der anderen lernen müssen. Ich bin seit Walter Hallstein der erste Präsident der Europäischen Kommission, der die Sitzung auch in deutscher Sprache leitet, weil ich Wert auf die Sprachenvielfalt in Europa lege. Ich bin oft missvergnügt über die lange Zeit, die es manchmal braucht, wichtigste Papiere und Dokumente in deutscher Sprache vorzulegen.

Früher, als ich anfing, haben fast alle Französisch gesprochen. Jetzt reden alle Englisch – oder denken, sie würden Englisch reden; sie reden banal Amerikanisch.

(Allgemeiner Beifall und Heiterkeit)

Ich drücke mich lieber präzise in Deutsch aus als approximativ im Englischen. Manchmal macht man sich verständlicher, wenn man Englisch redet. Aber ich bin dagegen, dass man dies tut. Die Franzosen haben die Luxemburger immer aufgefordert, sich auf Französisch auszudrücken. Und jetzt reden alle französischen Minister Englisch. Nur die Luxemburger reden immer noch Französisch. Wir kommen uns in Europa wie linguistische Exoten vor. Aber die Sprachenvielfalt ist wichtig.

Vieles hat sich verändert. Die Wiedervereinigung Deutschlands war positiv. Es hat sich aber auch ein geopolitisches Gesamtbild Europas ergeben, das so aussieht – das merkt fast niemand –, dass es seit dem Fall der Mauer in Europa und in der direkten Peripherie Europas zu 27 Staatsgründungen kam. Es gibt auf dem europäischen Kontinent 27 Staaten mehr als vor der Gesamtwende im östlichen Teil unseres Kontinents. Das bedeutet, 27 neue, international unabhängige und sich souverän gebärdende Staaten sind zum Bereich und zum Schwierigkeitsvolumen Europas hinzugestoßen.

Wir sind als Europäische Union im Zentrum einer Polykrise. Diese Polykrise ergibt sich aus diesen Veränderungen – die sind insgesamt zu begrüßen –, aber auch aus der Tatsache, dass um uns herum Konflikte in großer Zahl toben, weltweit über 60 Kriege. Das betrifft uns, das merken wir aber nicht immer. Wir haben das Problem – "Problem" ist ein schwacher Ausdruck als Beschreibung dessen, was dort passiert – in Syrien. Wir haben die Annektierung der Krim durch Russland. Wir haben die Probleme – "Probleme" ist ein kleines Wort für das, was dort vor sich geht – in der Ostukraine. Und wir haben es mit gewählten Vertretern jenseits des Atlantiks zu tun, die sich schwer damit tun, die Regelwerke, die sie mit erfunden haben, jedenfalls ihre Vorgänger, vollumfänglich zu respektieren. Die Handelsproblematik, die wir mit den USA haben, ist ein betrüblicher Vorgang. Seit ich Kommissionspräsident bin, habe ich das immer wieder-

kehrende Vergnügen, an den Sitzungen der G7 teilzunehmen. Das ist spannend: Ein Luxemburger im Kreis der Großen. Trump hat mir letzte Woche gesagt: "Jean-Claude, you are a brutal killer!" Es ist das erste Mal, dass Luxemburg zu einer Gefährdung für die Vereinigten Staaten von Amerika herangewachsen ist. Ich denke, er hat das als Kompliment gemeint, ich bin mir da aber nicht so sicher. In diesen Handelsauseinandersetzungen mit den Vereinigten Staaten ist es Aufgabe und Pflicht Europas, auf unsere eigene Würde zu achten. Die von der amerikanischen Administration verfügbaren Zölle auf Stahl und Aluminium können wir nicht ohne Antwort lassen. Ich bin überhaupt nicht angriffslustig, aber ich akzeptiere nicht, dass man uns von sonst woher diktiert, was wir in Europa zu tun haben. Dies ist ein eigenständiger Kontinent, viele haben dafür gekämpft, und jetzt müssen wir uns auch wehren und uns auf internationaler Bühne Gehör verschaffen.

(Allgemeiner Beifall)

Dabei sind wir, ohne dass wir fanatische Freetrader wären, für offenen Handel. Ich habe in jungen Jahren – das ist schon eine längere Zeit her – gelernt, dass die Führungsmacht der freien Welt – so hieß das doch damals – auch in Handelsfragen das Tempo diktieren würde. Ich habe keinerlei Verständnis dafür, dass dies jetzt ins Gegenteil verkehrt wird. Wir brauchen fairen, aber freien Handel, Handelsverträge, die wichtige europäische Standpunkte, wenn es zum Abschluss dieser Verhandlungen kommt, in sich aufsaugen, damit sich das europäische Gesellschafts-, Menschen- und Sozialbild auch international durchsetzt. Wir haben einen Handelsvertrag mit Kanada abgeschlossen. Ich unterschreibe in zwei, drei Wochen den Handelsvertrag mit dem japanischen Premierminister. In beiden Verträgen haben wir großen Wert darauf gelegt, dass – wie nennt man das auf Deutsch: "Les règles d'origine"? Ursprungsregeln! – viele bayerische Ursprungsregeln in dem Handelsvertrag mit Kanada Berücksichtigung gefunden haben. Dieser Vertrag ist noch nicht lange in Kraft, aber seither haben sich die Exporte der Europäischen Union nach Kanada um 24 Prozent nach oben be-

wegt. Jede Milliarde Euro, die wir mehr in andere Teile der Welt exportieren, übersetzt sich in Europa direkt mit einem Plus von 14.000 Arbeitsplätzen.

Es ist außergewöhnlich schwer, unseren amerikanischen Freunden die Dinge so zu erklären, wie sie verstanden werden müssen. 72 Prozent aller Direktinvestitionen in den USA sind europäischer Provenienz. Es gibt mehr Arbeitsplätze von europäischen Unternehmen in den USA als Arbeitsplätze von amerikanischen Unternehmen in Europa: 6,9 Millionen Arbeitsplätze in den USA, 4,7 Millionen Arbeitsplätze amerikanischen Ursprungs in der Europäischen Union. Insofern gibt es keinen direkt erkennbaren und auch keinen indirekt nachvollziehbaren Grund, wieso wir mit den Amerikanern nicht auf gleicher Augenhöhe in Handelsfragen verhandeln sollten.

Ich habe gesagt, wir sind der Punkt auf der Weltkarte. Das ist ein falscher Ausdruck. Es gibt viele, die haben größere Probleme als wir. Europa ist ein guter Platz zum Leben. Wenn der Freistaat Bayern unabhängig wäre – ich rufe nicht dazu auf –,

(Heiterkeit)

wäre Bayern eines der größten Länder der Europäischen Union, was zur Folge hat, dass man sich auch mit Bayern mindestens zweimal pro Woche beschäftigen muss, um zu sehen, was hier los ist; das tut die Kommission übrigens. Bei meinem Amtsantritt habe ich die Kommissare aufgefordert, nicht in Brüssel im Bunker sitzen zu bleiben, unter der Käseglocke, sondern sich in Europa zu bewegen. Die Kommissare haben 793 Mal National- und Regionalparlamente besucht. Das war vorher nicht der Fall. Ich lege Wert darauf, dass man vor Ort erfährt, was vor Ort los ist. Deshalb müssen Kommissare inklusive Präsident reisen. Wir haben über 800 Bürgerdialoge in Europa durchgeführt, Gespräche mit sehr vielen Bürgern geführt. Ich stelle dabei immer wieder fest, dass die Menschen in Europa denken – weil man das jeden Tag schreibt –, die Europäische Union, sprich: die Europäische Kommission, wäre für alles zuständig. Die Hälfte der Fragen, die ich bei diesen Bürgerdialogen beantworten muss, ist einfach zu beantworten, weil ich überhaupt nichts damit zu tun habe, was gefragt wird.

Weil man so oft schreibt, Europa kümmere sich um alles, denken die Menschen tatsächlich, die Kommission wäre für alles zuständig. Das ist sie nicht, soll sie nicht sein, darf sie nicht sein und muss sie auch nicht sein. Ich habe bei Amtsantritt gesagt, wir müssen eine Europäische Union haben, die groß in großen Dingen ist und klein und zurückhaltend in kleineren Dingen. Das ist einer der Gründe dafür, die erklären, wieso sich so viele Bürger von der Europäischen Union, von der europäischen Integration entfernen. Die Europäische Union hat sich viel zu viel um das Klein-Klein gekümmert und nicht genug um die großen Dinge. Das wollte ich ändern.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Vorgänger haben im Schnitt 123 neue Initiativen pro Jahr ergriffen. Meine Kommission – wenn ich dieses übertriebene Possessivpronomen hier einführen darf – beschränkt sich auf 20 bis 23 Initiativen pro Jahr, das reicht. Weniger ist mehr, und weniger ist häufig besser als zu viel.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben 150 Gesetze überprüft und verschlankt. Wir haben 51 Rechtsakte zurückgezogen. Einige im Europäischen Parlament sind darüber nicht happy, weil sie sagen, ihr gebt uns nicht genug Arbeit. Ich sage dann immer, es liegen noch 400 Entwürfe vor, macht mal. Es braucht nicht dauernd etwas Neues. Auch parlamentarische Arbeit, von der nicht Tag für Tag in der Presse berichtet wird, ist wichtige Arbeit.

Ein Problemfeld ist auch die Erweiterung der Europäischen Union. Ich gehöre zu denen, noch als Premierminister, die sehr intensiv dafür geworben haben, dass sich die Europäische Union nach Mittel- und Osteuropa erweitert – nicht weil wir Hegemonialansprüche hatten, sondern weil die Menschen das wollten, diese neuen Demokratien, diese jungen Volkswirtschaften, die aus einem System zentral administrierter Wirtschaft in ein marktwirtschaftliches System überwechselten. Sie wollten Teil dieser Europäischen Union sein. Ich bin froh, dass uns das gelungen ist, allerdings vieles nicht in perfekter Form. Vieles ist schief. Richtig war es aber, diesen Versuch zu star-

ten, europäische Geschichte und europäische Geografie wieder zusammenzuführen. Das halte ich nach wie vor für eine historisch notwendige Tat, die in den Neunzigerjahren und Anfang der Zweitausenderjahre getan werden musste.

Wir haben es jetzt – nicht deshalb, aber auch deshalb, aber nicht nur deshalb – mit der Flüchtlingsproblematik zu tun. Nun hat man mir geraten, heute elegant an diesem Thema vorbeizusegeln.

(Heiterkeit)

Wenn niemand mir das geraten hätte, wäre ich selbst auf die Idee gekommen, dass heute nicht der Tag ist, um hier detaillierte Vorschläge vorzutragen. Ich bin trotzdem in diesen Fragen für europäische Lösungen und gegen nationale Alleingänge.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ich finde diese Beifallssalve fast schon verdächtig.

(Heiterkeit)

Ich bin für europäische Lösungen. Ich bin aber auch für gut durchdachte, schnelle europäische Lösungen. Man kann nicht ewig auf europäische Lösungen warten.

(Beifall bei der CSU, Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Sie müssen doch zugeben, dass ich das sehr geschickt mache.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich sage das alles nur deshalb, weil ich jetzt zu einem längeren Selbstlob kommen möchte.

(Heiterkeit)

Wenn die europäischen Mitgliedstaaten, die europäischen Regierungen, die durchdachten, endgültig ausformulierten Vorschläge der Europäischen Kommission zur Än-

derung des Dubliner Regelwerkes – das haben wir im Jahr 2016 vorgelegt – nicht nur diskutiert, sondern in großen Teilen auch angenommen hätten, dann würden sich viele Probleme nicht stellen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Es reicht nicht, dass fast jede Regierung nach europäischen Regelungen und Lösungen ruft und dass die Kommission die einzige ist, die europäische Regelungen und Lösungen sucht. Das reicht nicht. Die Regierungen haben Verantwortung nicht nur in ihrem Land, sondern auch auf dem Gesamtkontinent zu tragen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Im Übrigen ist die Nichtregelung, obwohl es schon seit Jahren einer Regelung bedurfte, nicht auf deutsches Fehlverhalten zurückzuführen. Die Kommission ist sich mit der Bundesregierung in der Auffassung einig, dass wir eine solidarische Flüchtlingsverteilung in Gesamteuropa brauchen. Es kann nicht sein, dass die einen alle Last tragen und die anderen auf den Zuschauerrängen sitzen. Das geht nicht.

(Allgemeiner Beifall)

Ich wollte noch etwas in Sachen Flüchtlinge sagen. Ich hätte gerne, dass wir überall in Europa dieselben Asylregelungen haben. Die Anerkennungsquoten schwanken heute zwischen 0 und 98 Prozent – bei gleicher Nationalität des Antragstellers hat dieser also je nach Mitgliedstaat, wo er den Antrag stellt, eine oder eben keine Chance, als asylberechtigt anerkannt zu werden. Wenn es so ist, dass wir eigentlich grundsätzlich der einvernehmlichen Auffassung sind, dass Europa ein offener Kontinent für Flüchtlinge bleiben muss, für diejenigen, die aus politischen Gründen, aus religiösen Gründen, aus kulturellen Gründen, aus Gründen des Klimas flüchten, bin ich nachdrücklich dafür, dass man dies weiterhin macht. Uns muss aber auch klar sein, dass wir nicht ein permanenter, manchmal fast erschlichener Aufenthaltsort für Wirtschaftsflüchtlinge sein können. Das schaffen wir nicht. Europa ist ein großer Kontinent mit 500 Millionen

Einwohnern. Wir können nicht alle Wirtschaftsflüchtlinge der Welt aufnehmen. Wir müssen sehr darauf achten, dass wir uns nicht nur mit den Folgen der Flüchtlingsproblematik auseinandersetzen, sondern auch mit den Ursachen.

(Allgemeiner Beifall)

Deshalb ist eine neue europäische Afrikapolitik absolut vonnöten. Wir haben als Kommission einen Afrikatreuhandfonds über rund drei Milliarden Euro aufgelegt. Wir haben einen externen Investitionsplan für Afrika in Höhe von 44 Milliarden Euro in die Wege geleitet. Ich weiß, dass der "Mittelstürmer" der deutschen Bundesregierung, mein guter Freund Gerd Müller, uns dauernd auffordert, Marshallpläne zuhauf vorzulegen. Wir haben einen vorgelegt. Die Mitgliedstaaten haben uns versprochen, als wir diese 44 Milliarden Euro in Aufstellung gebracht haben, auch 44 Milliarden beizutragen. Das haben sie aber nicht getan. Sonst wären aus diesen 44 Milliarden Euro 88 Milliarden Euro geworden. Der Plan der Kommission besteht darin, vor Ort in Afrika Arbeitsplätze zu schaffen, damit die jungen Menschen sich nicht mehr ins Meer stürzen müssen. Es ist klüger und im Übrigen auch billiger, Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen, anstatt Schiffe untergehen zu lassen.

(Allgemeiner Beifall)

Wir brauchen einen stärker aufgestellten Schutz der Außengrenzen – nicht um aus Europa eine Festung zu machen; das ist überhaupt nicht mein Konzept. Europa hat in den Jahren 2016/17 750.000 Menschen von außerhalb Europas Asyl gewährt. Das ist zweimal mehr als die USA und Kanada zusammen. Jeder, der schreibt, Europa entwickle sich zu einer Festung, nimmt das Zahlenwerk nicht zur Kenntnis. Dabei geht es nicht um Zahlen; es geht darum, dass wir Menschen eine neue Heimat bieten, die ihre Heimat aus den genannten Gründen verloren haben. Ich bin nicht dafür, dass Europa eine Festung wird. Ich bin aber auch nicht dafür, dass wir die Außengrenzen ungenügend schützen. Jeder redet über den Schutz der Außengrenzen. Das ist ja auch in Bayern ein beliebtes Thema. Wer weiß denn, dass heute schon 100.000 Grenzbeamte

die Außengrenzen schützen? Das sind die Beamten von Zoll, Polizei – tutti quanti – der externen Grenzländer. Es gibt 1.250 Beamte der Europäischen Union, die im Einsatz sind. Die Kommission schlägt vor, bei der Bestückung der nächsten Finanzierungsperiode 2021 bis 2027 das Haushaltsvolumen zu verdreifachen, indem wir uns vornehmen, bis zu 35 Milliarden für den Grenzschutz ausgeben zu können, damit wir in dieser Periode 10.000 Grenzbeamte zusätzlich anstellen können. Ich finde das gut, ich finde das teilweise aber auch lächerlich; denn mit 10.000 Mann kann man die Berge nicht versetzen. Wenn es also in Deutschland oder in Österreich regierende Menschen gibt – es sind ja Menschen wie die anderen –, die denken, das müsste schneller gemacht werden, wäre ich für eine diesbezügliche Ausführung dankbar, aber das kostet Geld. Wer mehr fordert, der muss auch mehr zahlen, und jeder wird mehr zahlen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Die Wirtschafts- und Währungsunion muss vertieft werden, nicht einfach so im Galopp, hopp hopp, sondern vernünftig überlegt und vernünftig angelegt. Wir schlagen in dem Finanzrahmen für die nächsten Jahre zwei neue Instrumente vor, eines über 25 Milliarden Euro, um den Ländern, die dem Euro gerne beitreten würden, bei ihren Reformanstrengungen zu helfen, und 30 Milliarden Euro Darlehen, um im Falle asymmetrischer Schocks dafür zu sorgen, dass Bildungs- und Investitionspolitik nicht nach unten korrigiert werden. Wir tun dies alles, indem wir – das hat die Landtagspräsidentin überdeutlich formuliert – dem Subsidiaritätsgedanken nicht nur anhängen, sondern ihn auch umsetzen. Ich bin ein großer Anhänger der Subsidiarität. Sie ist Teil der katholischen Soziallehre; zu der möchte ich mich hier bekennen. Oder muss ich sagen: der christlichen Soziallehre? Die Protestanten sind mir so lieb wie meine eigene Truppe. Aristoteles hat das Prinzip erfunden. Es gibt heute noch viele Christdemokraten, die denken, Aristoteles wäre ein Christdemokrat gewesen. Wir wissen es nicht besser.

Subsidiarität ist wichtig. Wir müssen dafür sorgen, dass europäische Entscheidungen doch national, regional und sehr oft auch lokal getroffen werden – wo diejenigen sit-

zen, die es besser wissen als wir in Brüssel. Deshalb haben wir zum Beispiel die Fälle, in denen es der Erlaubnis der Kommission bedurfte, im Beihilferecht, um 97 Prozent gesenkt. Die Menschen müssen wissen, dass die Kommission ihre Finger nicht in jeden Topf steckt.

Bayern war vorbildlich im Umgang mit Flüchtlingen im Herbst 2015.

(Allgemeiner Beifall)

Da mussten Hallen gebaut werden. Ich habe einige in der Gegend von Passau im Herbst 2015 besucht. Es mussten Container herbeigeschafft werden, es mussten Schulen gebaut werden. Da hat es damals die Rede gegeben, man müsse in Brüssel anfragen, ob man das tun darf. Dann habe ich auch aufgrund einer barschen Zurechtweisung der Bundeskanzlerin gesagt: Damit hören wir auf, es ist Dringlichkeit geboten, man kann nicht monatelange Genehmigungsverfahren in die Wege leiten und die Menschen auf der Wiese und in den Bergen hocken lassen. Insofern sind wir viel näher an der Wirklichkeit, als viele denken.

Um ein Stück Wirklichkeit zurückzuerobern, bin ich nachdrücklich der Auffassung, dass wir in Sachen sozialer Dimension Europas mehr leisten müssen, als wir es zurzeit tun.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Deshalb haben wir im November letzten Jahres in Göteborg den Grundsockel sozialer Rechte in die Wege geleitet. Ich war 17 Jahre lang Arbeitsminister; ich weiß, was in den Betrieben, in den Werkstätten, in den Fabrikhallen los ist. Diese Menschen fühlen sich von Europa nicht genügend anerkannt und finden, dass wir über ihre Würde hinweg Politik machen. Ich hätte gerne, dass wir das ändern und dass wir diese soziale Säule zu Gesetzestexten heranreifen lassen, so wie wir das in Sachen Entsenderichtlinie gemacht haben. Ab sofort gilt in Europa das Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort". Ich finde das normal.

(Allgemeiner Beifall)

Ich fände es auch normal, wenn wir in Sachen Steuerpolitik nicht unbedingt einen neuen Rhythmus anschlagen würden – das Tempo ist einigermaßen hoch –, sondern wenn wir Ernst machen würden mit dem Satz, dass Gewinne dort besteuert werden müssen, wo die Gewinne zustande kommen. Das betrifft vor allem die Internetriesen. Das ist kein Programm gegen die USA, sondern das ist einfach steuerliche Gerechtigkeit. Steuerliche und soziale Gerechtigkeit gehen zusammen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich habe heute in einer Münchener Tageszeitung gelesen, ich sei nicht willkommen. "Münchner Merkur" heißt das Produkt.

(Heiterkeit)

Da steht sinngemäß, ich wäre Chef einer anonymen, blinden, überwuchernden Bürokratie und Technokratie. Sie werden deshalb verstehen, weil ich diese Bürokraten im Griff behalten muss, dass ich jetzt hier aufhöre und mich schnellstens wieder nach Brüssel zurückbewege, damit dort keine weiteren Dummheiten vom Zaun gebrochen werden. Ich möchte den Münchnern hier sagen – das habe ich mir extra heraussuchen lassen, obwohl sie das schon wussten –: Es gibt 32.000 Beamte der Europäischen Kommission, das heißt, ein Beamter auf 15.937 Bürger. In München, "Lichtgestalt Bayerns", "führende Macht des Kontinents", einer von mir heiß geliebten Stadt, gibt es einen Beamten auf 40 Einwohner. Ich habe es dann lieber mit meinen vielen Bürokraten zu tun, die eigentlich so viel nicht kosten, nämlich genau 6 Prozent des europäischen Haushalts. Der gesamte europäische Haushalt – das ist eine Debatte, die ins Haus steht – wird sich demnächst auf 1,11 Prozent des Bruttosozialprodukts belaufen. Das ist genau der Preis einer Tasse Kaffee pro Bürger und Tag. Europa sollte uns mehr wert sein als eine Tasse Kaffee. – Vielen Dank!

(Anhaltender allgemeiner Beifall)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Präsident, nach diesem Beifall bleibt mir nur noch, Ihnen ein ganz herzliches Dankeschön zu sagen. Ich darf Ihnen auch für Ihren Eintrag in das Ehrenbuch des Bayerischen Landtags danken. Ich spreche das deshalb an, weil Sie diesen Eintrag mit einem großen Herzen versehen haben, also mit einem großen Herzen für Europa und damit auch für Bayern. Herzlichen Dank und alles Gute für Sie, vor allen Dingen Gesundheit! Alle guten Wünsche begleiten Sie.

(Allgemeiner Beifall)

Ich darf nun bitten, dass wir uns noch zur Bayernhymne, zum Deutschlandlied und zur Europahymne erheben.

(Die Anwesenden erheben sich zur Bayernhymne, zur Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland und zur Europahymne – Allgemeiner Beifall)

Ich danke Ihnen. Die Sitzung ist damit geschlossen.

(Schluss: 17.31 Uhr)